



Der Verein als gelebte Demokratie?

Ehrenamt und Engagement in Apolda

Sophia Fiedler, Victoria Grau, Noa Wilhelmi

Blinder Fleck Ehrenamt?

Die Beteiligung von Bürger*innen¹ bildet eines der entscheidenden Merkmale jeder Definition von Demokratie. „[A]ny book about political participation [...] is also a book about democracy“, bemerkten Parry, Moyser und Day (1992: 3) über die untrennbar zusammenhängenden Zusammenhänge zwischen Demokratie und Beteiligung. Die primäre Assoziation zwischen Beteiligung und Demokratie beschränkt sich zumeist unter dem Begriff der politischen Teilhabe auf die Meinungsäußerung und das Recht auf Mitbestimmung bei politischen Entscheidungsprozessen in Form von Wahlen. Die Multidimensionalität der begrifflichen Auslegung wird dabei kontinuierlich behandelt, um die Defizite in Definition und Theorisierung von Beteiligung zu kontrastieren. In der Stadt- und Raumforschung wird die Bürger*innenbeteiligung zuerst mit Partizipationsprozessen bei Planungsprozessen assoziiert und auf Formen der demonstrativen und der deliberativen Partizipation reduziert oder fokussiert (vgl. Roth 2020 und Vetter und Remer-Bollow 2017). Dabei geht es vorrangig um die Produktion von Raum und die dafür durchgeführten Abstimmungen von Prozessen und Entwicklungen. Bürgerschaftliches Engagement wird darin auf den Wirkungsradius von Bürger*inneninitiativen begrenzt, meist im Kontext der Protestforschung. Um diese eher eingeschränkte Sichtweise auf die Zusammenhänge von Demokratie und Beteiligung in Form von Ehrenamt und Engagement zu erweitern, wurde die vorliegende Forschungsarbeit am Untersuchungsraum der Stadt Apolda, einer Mittelstadt in der östlichen Mitte Thüringens mit 22.209 Einwohner*innen durchgeführt (Thüringer Landesamt für Statistik 2020).

¹ Hier im Kontext der Bürger*innenbeteiligung verwendet. Der Begriff umfasst alle Mitglieder der Stadtgesellschaft und soll hier synonym mit „Einwohner*in“ verstanden werden.



Während bei der Definition von *Teilhabe* zumeist grundsätzlich keine Eigeninitiative vorausgesetzt wird (vgl. Vollmer et. al 2021: 9), wird bei *Beteiligung* dieser Faktor meist nur unzureichend untersucht. Insbesondere die Arbeit von Vereinen, Ehrenamtler*innen und aktiv Engagierten wird darin meist nur als Ausdruck von Bürger*innenbeteiligung benannt oder erkannt. Als Organisationsform wird in der Forschung insbesondere die Rolle von Vereinen als organisierter Zusammenschluss in Form einer Interessensgruppe in Stadtgesellschaften untersucht. Die Zusammenhänge mit Demokratie erschließen sich durch die zumeist basisdemokratisch organisierten Vereinsstrukturen, worin die Mitgliederversammlung das zentrale Entscheidungsorgan bildet. Prinzipiell steht die Mitwirkung in Vereinen und an Ehrenämtern jedem und jeder offen. Jede*r darf teilnehmen, mitentscheiden und mitgestalten.

Thüringen war insbesondere während der zweiten und dritten Infektionswelle eines der Bundesländer mit der höchsten 7-Tage-Inzidenz (Reiser et al. 2021: 3). Die damit einhergehenden Regelungen zur Eindämmung der Pandemie bedeutenden zahlreiche Einschränkungen für das gesellschaftliche Leben. Die Forschung setzt hier an und fragt, wie insbesondere gemeinschaftlich basierte Organisationen mit den erforderlichen Einschränkungen umgegangen sind, welche Veränderungen, Belastungen und Dynamiken sich während der Pandemie kanalisiert haben und welcher Gestaltungsauftrag daraus abgeleitet wird. Die letzte Ausgabe des Thüringen-Monitors² von 2021 stand unter dem Titel „Demokratie in der Corona-Pandemie“ (ebd.). Bei der Befragung des Thüringen-Monitors wurden zwei Merkmale von Demokratie besonders häufig benannt: Partizipation und Freiheitsrechte (ebd.: 5). Die massiven Einschränkungen der persönlichen Freiheitsrechte resultierten in erhöhter Unzufriedenheit und Widerständen innerhalb der Bevölkerung (ebd.). Gerade vor diesem Hintergrund bilden Vereine eine Schnittstelle gesellschaftlicher Reibungsprozesse zwischen Einschränkungen und Möglichkeitsräumen. Im Rahmen der Forschung sollte untersucht werden, inwieweit insbesondere Vereine, deren Mitglieder sich aus diversen Interessen- und Altersgruppen zusammensetzen, mit den Problemen und Herausforderungen umgehen konnten. Die Diskussionen innerhalb dieser diversen Interessengruppen werden dabei als exemplarisch für die gesamtgesellschaftliche Situation während der Corona-Pandemie definiert.

Im Kontext der Forschungsarbeit wurden aufgrund der kurzen Empirie-Phase nur organisierte Formen des Ehrenamts und Engagements, vornehmlich Vereine, untersucht. Die Empirie-Phase diente vorrangig der Überprüfung

2 Der Thüringen-Monitor ist eine repräsentative Bevölkerungsbefragung zur politischen Kultur im Freistaat Thüringen, die seit 2000 jährlich durchgeführt wird und seit 2018 unter Leitung von Prof. Dr. Marion Reiser am KomRex, Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration der Friedrich-Schiller-Universität Jena geleitet wird.



vorgefasster Thesen, die sich insbesondere aus den vorangestellten Recherchen, Befragungen und Interviews während der Exkursion ergaben. Die Forschung konzentrierte sich räumlich auf die Stadt Apolda, berücksichtigt aber auch die Stellung der Stadt für die umliegende Region, das Weimarer Land. Die Stadt wurde also nicht hermetisch, sondern auratisch untersucht. In den Interviews wurde vordergründig der Zeitraum zwischen März 2020 bis Januar 2022 abgefragt, teilweise wurden Prognosen bis März 2022 ausgesprochen. Vor diesem lokalen und zeitlichen Hintergrund sollen zwei Schwerpunkte abgefragt werden: zum einen soll beantwortet werden, inwieweit die lokalen Akteur*innen ihre Arbeit und Rolle in Bezug auf Demokratie und Demokratiebildung definieren. Weiterhin soll analysiert werden, welche Auswirkungen die Corona-Pandemie auf die Arbeit der Organisationen und Aktiven hatte. Beginnend mit einer theoretischen Kontextualisierung von Ehrenamt, Engagement und Demokratie werden in Bezugnahmen auf Interviews mit Vertreter*innen von Vereinen, die Zusammenhänge zur Demokratiearbeit und die darin enthaltenen Veränderungen während der Corona-Pandemie erörtert. Im zweiten Schwerpunkt wurden die weiterreichenden Auswirkungen der Pandemie auf die organisierte Teilhabe und die veränderte gesellschaftliche Rolle, Funktion und den Umgang mit neu entstandenen Herausforderungen untersucht.

Der Forschungsanspruch war, Tendenzen der Beteiligungskultur in Form von Engagement und Ehrenamt nicht nur abgeleitet von der Corona-Pandemie zu untersuchen, sondern bereits vorher bemerkbare Entwicklungstendenzen aufzugreifen. Anhand eines qualitativen Ansatzes wurde der Frage nachgegangen, wie sich die Arbeit der Akteur*innen strukturell, organisatorisch und inhaltlich verändert hat und welche Entwicklungen abhängig oder unabhängig von der Pandemie verliefen. Dafür wurden vier leitfadengestützte Interviews mit Vertreter*innen teilweise überregional organisierten Verbänden und Vereinen unterschiedlicher Engagementbereiche geführt und eine Online-Umfrage durchgeführt. Bei der Auswertung der Umfrage musste allerdings festgestellt werden, dass ein Großteil der Teilnehmer*innen männlich und im sportlichen Bereich engagiert ist. Die Repräsentativität der Umfragergebnisse ist damit gegeben.

Vereinsarbeit zwischen gesellschaftlicher Integration und Corona-Pandemie

Über Rolle, Funktion und Ausmaß von Beteiligung herrschen in der Demokratieforschung variierende Vorstellungen und Definitionen. Die Herkunft des Wortes *Demokratie* aus dem Altgriechischen - „demos“, Volk und „kratein“, herrschen, zusammen „Herrschaft des Volkes“ – erscheint zunächst zwar eindeutig, eine explizite Ausgestaltung dieser Herrschaft ist jedoch nicht zentral definiert, sondern verbleibt interpretationsoffen, ähnlich wie der Begriff des Volkes. Neben der Unterscheidung in Demokratie und Nicht-Demokratie kann



auch die Demokratiequalität bemessen werden. Im Bereich der Bürger*innenbeteiligung gelten als Primärindikatoren zumeist die geltenden Prinzipien der Freiheit, Gleichheit, Entscheidungsfindung, Transparenz und Gewaltenkontrolle (vgl. Bühlmann et al. 2012 und Diamond und Morlino 2005). Unterschieden wird grundsätzlich zwischen der direktdemokratischen Partizipation in Form von Referenden, Bürger*innenentscheiden und Petitionen, der demonstrativen Beteiligung im Sinne von Demonstrationen und anderen Protestveranstaltungen sowie der deliberativen Beteiligung in der Gestalt von Planungsformen wie Planungszellen oder Bürger*innenbeiräten (Kersting 2017: 83). Insgesamt bezeichnete der Koordinator der Partnerschaft für Demokratie die Bedeutung der Bürger*innenbeteiligung in der Stadt Apolda als „eher marginal“ (114)

„Es wird nicht so viel Wert auf Bürgerbeteiligung hier im Kreis gelegt. Ich möchte jetzt niemanden unterstellen, dass das Absicht ist. Aber es ist schlichtweg nicht relevant, also man sieht wenig was es bringen sollte, wenn ich Bürger/Bürgerinnen einbinde. Die verlangsamten Verfahren, das ist aufwendig. Ich muss die befragen, und dann höre ich Dinge, die ich auch gar nicht hören möchte“ (ebd.: 109-113).

Die Rolle der Beteiligung sei in Apolda noch deutlich zu fördern und die Notwendigkeit, die gerne als reines „Meckern“ (ebd.: 132) abgetan würde, herauszustellen. Der Leiter des Kreissportbundes berief sich in Bezug auf Demokratie auf die Bedeutung der Teilhabe von allen. Gerade im Sport und in der Ausbildung von Übungsleiter*innen sei auf die Einbindung diverser Individuen, sowohl in Bezug auf den demografischen Hintergrund als auch ihrer gesellschaftlichen Rolle und Funktion, zu achten (222-225). Alle Interviewpartner*innen hoben die Bedeutung von Vereinen und Ehrenämtern als Mittel der Beteiligung an gesellschaftlichen Diskussionen stark hervor.

Beteiligung auf Distanz

Zentrales Thema jedes Interviews war die durch Corona eingeleitete Kategorisierung der Gesellschaft in Geimpfte, Genesene und Getestete und die Auswirkungen des jeweiligen Status auf die Teilnahmemöglichkeit bei einzelnen Veranstaltungen. In der Partizipationsforschung wurde bereits 2020 festgestellt, dass die Bürger*innenbeteiligung durch die Corona-Pandemie deutlich verändert werden würde (Paust 2020: 1). Im Zuge der Kontakt einschränkungen mussten zahlreiche Veranstaltungen abgesagt werden, weil Mindestabstände und Hygienemaßnahmen nicht eingehalten werden konnten oder etwa, weil der bürokratische Aufwand durch die Kontakt-nachverfolgung für die Veranstalter*innen nicht tragbar war (vgl. ebd.).

„Indem Distanzhalten zur neuen Maxime wird, ist das öffentliche Leben für unabsehbare Zeit zum Erliegen gekommen. Damit wird genau das beendet, was



unsere modernen, demokratischen Gesellschaften im Kern ausmacht, nämlich menschlicher Kontakt und Austausch in allen Dimensionen, politisch, sozial und kulturell”, kritisierte Albrecht von Lucke (2020) in einem Artikel zu Beginn der Pandemie. Als zentrale Aufgabe sahen alle befragten Akteur*innen, den Zugang zu Veranstaltungen für so viele Menschen wie möglich offen zu halten (vgl. Interview Leiter, Kreissportbund: 261-262 und Interview Koordinator Partnerschaft für Demokratie: 48-49). Der Koordinator der Partnerschaft für Demokratie erweiterte den Blick neben Corona auf die Spaltung zwischen privilegierte und nicht-privilegierte sowie diskriminierte und nicht-diskriminierte Personen und Personengruppen (57-60). Diese Gruppen zusammenzubringen und den Austausch zu fördern, bezeichnete er unter dem Stichwort der Kontakthypothese als zentrale Aufgabe von Interessengemeinschaften wie Vereinen (ebd.: 57).

Die Frage, welche Auswirkung der Wegfall des zwischenmenschlichen Kontakts auf demokratische Gesellschaften hat, wurde in der Demokratietheorie bereits früher aufgegriffen. Die progressive Demokratietheorie nach Mark Warren (vgl. 2002) widmet sich der Frage, wie Beteiligung auch unter sich verändernden (gesellschaftlichen) Bedingungen effektiv und wirkungsvoll bleiben kann. Dieser Ansatz der Demokratietheorie setzt sich dafür ein, Beteiligung nicht nur formell auf politische Institutionen zu beschränken. Vielmehr sollen weite gesellschaftliche Bereiche wie Wirtschaft, Schule und Familie auf ihre Demokratieprinzipien untersucht und organisiert werden sowie Handlungsstrategien dort angewendet werden, wo konfliktbehaftete Entscheidungen zu treffen sind (vgl. Vetter und Remer-Bollow 2017: 32). „Die Gewährleistung von Beteiligungsrechten sowie die tatsächliche Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger stellen in diesem Demokratiekonzept ebenfalls eine wesentliche Komponente zur Bestimmung der Demokratiequalität dar“ (ebd.: 23).

Mit dem Ende der 3G-Veranstaltungen verschlechterte sich laut Aussage der Interviewten auch die Stimmung in den Vereinen. 2G-Plus-Veranstaltungen erforderten von allen einen zusätzlichen Aufwand, egal ob geimpft oder genesen, da eine Testung erforderlich wurde. Der Leiter des Ehrenamtszentrums beschrieb die Problematik der Situation:

„Du merkst es ja auch jetzt im Ehrenamt, [...] du bist ja gezwungen Ungeimpfte auszuschließen, du darfst gewisse Aktivitäten innerhalb deines Vereins nur noch mit Geimpften und Genesenen oder Geimpften und Genesenen, die dann noch getestet sind, machen. [D]iese Regelung [...] bring[t] automatisch auch eine Spaltung in deinen Verein selbst, weil du bist gezwungen, deine Vereinsmitglieder zu kontrollieren [...]. Haben sie nicht den passenden Status, dürfen sie an den Angeboten nicht teilnehmen und somit kommst du als Verein automatisch in die Zwickmühle: will ich das oder sag ich komplett, ich lass es und das macht es tatsächlich extrem schwer, das erfordert ganz viel Fingerspitzengefühl.“ (450-460).



Der ohnehin breit angelegte definitorische Korpus von Demokratie und Beteiligung erweiterte sich durch die veränderten Rahmenbedingungen der Corona-Pandemie deutlich. Eine speziell gegründete Enquête-Kommission des Bundestags *Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements* definierte bürgerschaftliches Engagement als freiwillig, unentgeltlich, selbstorganisiert und selbstbestimmt ausgeübt. Dazu müsse es gemeinwohlorientiert, öffentlich, gemeinschaftlich und kooperativ ausgeübt werden. Auch Kritik und Widerspruch werden dem Wesen des bürgerschaftlichen Engagements zugeschrieben. (Reichwein und Trauth-Koschnick 2010: 252–253). Gerade Kritik und Widerspruch hätten sich laut dem Koordinator der Partnerschaft für Demokratie in zunehmendem Egoismus und nachlassende, wenn nicht fehlende Solidarität ausgedrückt. Das Befolgen von Regeln sei insbesondere bei den Geimpften durch Egoismus und Selbstschutz motiviert (ebd.: 162). Manche Geimpfte seien bei 2G-Plus-Veranstaltungen nicht gewillt noch die zusätzliche Leistung des Testens zu erbringen, nicht nur wegen fehlender Solidarität, häufig auch aus mangelnder Zeit (vgl. ebd.: 170-175).

Digitalisierung eröffnet neue Zugänge – und verursacht neue Probleme

Um den Ausschluss allein auf Grund des gesundheitlichen Status der Beteiligten möglichst zu vermeiden, wurden Veranstaltungen häufig in den digitalen Raum verlegt. Der Koordinator der Partnerschaft für Demokratie äußerte Zweifel an dem sogenannten „Heilsversprechen“ (359) der Digitalisierung (siehe auch Beiträge von Klaus Selle und Marcel Weikert, Laura Biermann-Firek, Miriam Harst, Josefine Strüning, Robin Wieland und Maria Winkler in diesem Band). Die Digitalisierung werde zum „Nonplusultra“ (ebd.: 371) um in Kontakt zu bleiben, was den direkten, persönlichen Kontakt jedoch nicht ersetzen kann und sollte. Zudem sei das digitale Format „unglaublich anstrengend“ (ebd.: 375) und führe wesentlich schneller zur Erschöpfung (vgl. ebd.: 360-377). Es sei kaum gelungen, die zwischenmenschliche Arbeit gleichwertig in ein Online-Format umzuwandeln und vor allem nicht ältere Generationen damit zu erreichen, erklärte die Leiterin des Mehrgenerationenhauses.

Das Ziel, Teilhabe und Teilnahme dadurch zu erleichtern, förderte aber andere Disparitäten. Fehlende Internetzugänge, Geräte wie Kameras oder Mikrofone oder einfach das fehlende Wissen zum Umgang mit der Technik, sorgten für den Ausschluss zahlreicher Personen und Personengruppen (ebd.: 368-370). Auch die Art und der Umgangston der Kommunikation sei im digitalen Raum deutlich verändert. Im schriftlichen Austausch über soziale Medien oder E-Mail sei der Umgangston deutlich aggressiver als im persönlichen Austausch, wie der Leiter des Kreissportbundes berichtete (257-259). Hier fehle es häufig an der richtigen Ausbildung der Führungspersonen. Die Moderation der Aushandlungsprozesse zur Lösung dieser Konflikte wird für die Zuständigen immer an-



spruchsvoller und übersteigt häufig die Kompetenzen des Konfliktmanagements. Als organisierte Strukturen müssen die verantwortlichen Vereinsleitungen ihr Handeln kontinuierlich den Verläufen der Pandemie und den Anweisungen der Bundes- und Landespolitik anpassen. Hier handelt es sich weniger um einen Aushandlungsprozess, sondern das Ringen um Verständnis und Solidarität. Die Entscheidungshoheit der Leitungspersonen wird dabei häufig infrage gestellt:

„[M]an hat das Gefühl, man muss sich mittlerweile für jeden Schritt rechtfertigen [...] und das macht es auch für einen Verein, also für eine Gemeinschaft, für einen Zusammenschluss von Personen relativ schwer mittlerweile, wenn da tatsächlich die Meinungen ein Stück weit konträr gehen. Wobei es natürlich wichtig wäre, wenn beide Seiten klar miteinander diskutieren, aber auf einem ordentlichen Level miteinander diskutieren – und das haben wir momentan in vielen Bereichen nicht – dass die Meinung des anderen ein Stück weit akzeptiert wird.“ (Interview Leiter, Ehrenamtszentrum Weimarer Land: 524-530).

In der Arbeit von Vereinen muss aber auch die zwischenmenschliche Ebene beachtet werden, was gerade die Vereinsleitung vor komplexe Verflechtungen stellt:

„Als Verantwortlicher, ich bin nun mal Vorstand, bin ich gewählt, was mach ich denn jetzt? [...] Freundschaften zerbrechen eventuell, weil gewisse Menschen andere Überzeugungen haben. Das sind alles Dinge, die im Hintergrund immer stehen. Und ich denke das je nach Vertrauensverhältnis das anzusprechen, das ist eigentlich das, was für mich eine Führungskraft ausmacht in der Wahrnehmung von anderen Menschen. Und auch sich darauf einzulassen, diese Perspektive versuchen einzunehmen“ (vgl. Interview Projektkoordinator, Förderkreis Integration e.V.: 393-403).

Wichtig sei es laut dem Leiter des Kreissportbundes, den Vereins- und Gruppenleitungen das richtige Handwerkszeug wie Fragetechniken und Gesprächsstrategien zur Lösung und Deeskalation der Diskussionen mitzugeben. Dies sei zwar in der Ausbildung der Leitungspersonen bereits ein Schwerpunkt, müsse aber in den kommenden Monaten noch einmal deutlich ausgeprägter vermittelt werden (266-269 und 300-303).

Lokale Demokratiearbeit in Apolda

Im Fall der Stadt Apolda verschärft sich die Situation zusätzlich durch das politische Spektrum. Bei der Bundestagswahl 2021 wurde die AfD in Apolda mit 25,0% der Stimmen stärkste Kraft, die SPD folgte mit 22,3%. Die Vereine spiegeln auch die politischen Verhältnisse innerhalb der Stadtgesellschaft. In den Vereinen seien Meinungen „vom politisch ganz linken bis zum ganz rech-



ten Spektrum“ vertreten, äußerte der Leiter des Kreissportbundes (236-238). In Apolda würde oft ein großer Teil der Mitglieder Ansichten vertreten, die er im Interview als „AfD-Meinungen“ (ebd.: 240) kategorisierte. Allein aufgrund ihrer politischen Einstellung dürften Vereine diese Gruppen nicht von der Teilnahme an Veranstaltungen oder der Mitgliedschaft abhalten. Ein Diskurs sei trotzdem zu führen. „Der Sport ist nicht unpolitisch, aber er ist parteipolitisch neutral“, erklärte er im Interview (ebd.: 237-238). „In Apolda zentriert sich ein Stück weit das Thema Integration im Weimarer Land [...]. Dadurch sind wir eigentlich hier in Apolda ein Stück weit auch gezwungen, gerade in dem Bereich des Engagements und Ehrenamts viel politisch zu wirken, viel demokratische Arbeit zu leisten. Weil ja nun Apolda in manchen Bereichen jetzt vielleicht doch nicht den besten Ruf hat“ (Interview Koordinator, Ehrenamtszentrum: 593-596), hob der Koordinator des Ehrenamtszentrums die überregionale Bedeutung Apoldas in diesem Kontext hervor (593-596).

Zusammenfassend ergab die Untersuchung, dass die Zusammenhänge zwischen Demokratie und Beteiligung in Form von Ehrenamt und Engagement von den Befragten zuvorderst kommunikativ ausgelegt werden. Die Schärfung und Ausbildung einer produktiven und konstruktiven Gesprächs- und Konfliktkultur verorteten die Befragten in ihrem direkten Verantwortungs- und Aufgabenbereich. Diese Ebene wird vor den Herausforderungen der Corona-Pandemie immer wichtiger. Durch die Corona-Pandemie erhöhte sich das Konfliktpotential der mitwirkenden Personen, was insbesondere die Leiter*innen vor neue Herausforderungen des Konfliktmanagements stellte. Die demokratische Findung von Entscheidungen und konsensorientierter Diskussionskultur musste den Umständen angepasst werden, was teilweise weniger einem Bottom-up-Ansatz, sondern der Entscheidungsgewalt der Leitungsebene vorbehalten oder zugeschrieben wurde. Empathisches Agieren im Ringen um Vertrauen und Verständnis von allen Beteiligten und Entscheidungen nach den Maßgaben solidarischen Handelns wurden als prägende Herausforderungen im Zeichen der Pandemie gedeutet.

Lust und Last des Ehrenamts

Es existiert keine einheitliche Begriffsverwendung für bürgerschaftliche Beteiligung im Kontext von Ehrenamt und Engagement. Häufig werden das zivilgesellschaftliche, bürgerschaftliche, freiwillige und ehrenamtliche Engagement synonym verwendet oder mit Freiwilligenarbeit und sozialer Partizipation bzw. sozialer Beteiligung gleichsetzt (Vetter und Remer-Bollow 2017: 91-93). Insgesamt kann zwischen zivilgesellschaftlich initiierten und staatlich finanzierten Stellen unterschieden werden (vgl. Interview Projektkoordinator, Förderkreis Integration e.V.: 80-85). Grundsätzlich beschreibt Ehrenamt eine freiwillige Tätigkeit und gemeinwohlorientierte Arbeit die zumeist ohne Vergütung geleistet wird (Deutsches Ehrenamt e.V o.J). Engagement kann



Teil ehrenamtlicher Arbeit sein, wird jedoch zeitlich und strukturell flexibler aufgefasst als das Ehrenamt (vgl. Interview Projektkoordinator, Förderkreis Integration e.V 2021: 80-85). Der Koordinator des Ehrenamtszentrums Weimarer Land definierte Engagement als Mittel der Freizeitgestaltung: „Also ich sage mal, Engagement muss Spaß machen“ (203). Die Corona-Pandemie habe vielen Engagierten neue Hürden und Grenzen aufgezeigt, resümierte der Koordinator des Ehrenamtszentrums. Die hohe Flexibilität und Anpassung an sich kontinuierlich wandelnde Anforderungen und Maßnahmenkataloge und der damit verbundene bürokratische Aufwand erforderte – sowohl von den Führungspersonen als auch von Teilnehmer*innen und Mitgliedern eine hohe Kraftanstrengung. In der Online-Umfrage wurden die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf das Engagement aus Mitgliederperspektive noch erweitert. Die Situation bedingte dabei die Anpassung an neue Vorschriften, der Kommunikation an neue Online-Formate und die schlichte Aufgabe in Kontakt mit Mitgliedern zu bleiben. Dabei wurde der Arbeitsaufwand aufgrund des Verlustes von Präsenztreffen für einige als geringer, für andere aufgrund neuer Herausforderungen, wie den Hygienekonzepten wiederum als erhöht empfunden. Die Einschränkungen äußerten sich oftmals in Frustration und Unsicherheit, was zu steigenden Kosten, Unzufriedenheit und Austritten führte. Ein Fußballverein berichtete einen deutlichen Zuwachs von Kindern, bei gleichzeitigem Verlust von Trainer*innen. (Eigene Umfrage 2022)

Der hohe Zeit-, Kraft- und manchmal sogar Geldaufwand bedeute oft auch Einschränkungen des Privatlebens. Die individuelle Betroffenheit und verringerten zeitlichen Ressourcen führten oftmals zum Rückzug in das private Umfeld, wodurch die Arbeit im Ehrenamt und Engagement deutlich beeinflusst wurde. Sobald das Ehrenamt negative Auswirkungen auf das eigene Wohlbefinden habe, weil etwa die intrinsische Motivation nicht mehr handlungsbestimmend ist oder die passenden Rahmenbedingungen nicht gegeben seien, sollten sich alle Beteiligten die Frage stellen, ob das Amt noch ausgeführt werden sollte (Koordinator des Ehrenamtszentrums Weimarer Land: 203-217). Besonders die Verschärfungen seit Herbst 2021 hätten vielen die Lust am Ehrenamt genommen, Veranstaltungen würden laut Rückmeldungen lieber abgesagt als unter erhöhtem Aufwand durchgeführt (ebd.: 222-239). Diese Stimmung würde vermutlich bis März 2022 andauern, prognostizierte der Koordinator.

Die Bedeutung der eigenen Motivation sei für die Arbeit von Vereinen, Engagierten und Aktiven von elementarer Bedeutung. Der Koordinator der Partnerschaft für Demokratie und Geschäftsführer beim Förderkreis Integration reflektiert: „[...] jeder Mensch, der sich in welcher Form auch immer ehrenamtlich engagiert, macht etwas über seinen persönlichen Wirkungskreis hinaus. Auch wenn das innerhalb der Vereinsgrenzen bleibt, macht er mehr als das, was – jetzt muss ich lügen – 85 Prozent der restlichen Kreisbevölkerung macht“ (237-241). Die Leiterin des Mehrgenerationenhauses hob ebenfalls die



persönliche Motivation hervor. „[W]er sich in irgendeiner Form, bei irgendeinem Projekt beteiligen will, hat gerade in unserer Kleinstadt Apolda ganz ganz viele Möglichkeiten. Und ich sage immer, jeder ist sein Glückes Schmied und wer Interesse hat kann so vieles“ (170-173). Sie definierte ihre Arbeit als beratende und unterstützende Instanz. Wenn nicht von allein das benötigte Interesse und die eigene Motivation vorhanden sei, „dann wird jedes Ehrenamt und jede Beteiligung vor die Wand fahren“ (ebd.: 174-178). Verstärkt werde dieses Problem seit dem zweiten Lockdown, nachdem viele Engagierte einen Motivationseinbruch erfuhren und nicht den Willen aufbringen wollten, „das Ganze nochmal zu tun“ (Koordinator des Ehrenamtszentrums: 354). Erneut sei nicht sicher gewesen, wie lange der Zeitraum andauern würde, bis es wieder Möglichkeiten zur aktiven Mitwirkung geben sollte. „Die ‚Corona-Krise‘ nennen wir es mal, hat viele Menschen zum Nachdenken gebracht ‚Was bringt mir dies das oder jenes‘ und leider spielen da solidarische Gedanken keine sonderlich große Rolle [...]“ (Koordinator Partnerschaft für Demokratie: 298-303). Die Ursprünge dieser Individualisierung gründeten unter anderem darin, dass insbesondere die Sportvereine lange zu viel Wert auf die rein sportliche Ebene gelegt hätten und weniger auf das gesamtgesellschaftliche Zusammenleben (ebd.: 303-314).

In dieser Zeit mussten sich Organisationen und Vereine überlegen, wie sie an den Menschen „dranbleiben“ (ebd.: 351-367). In solchen „trüben grauen Zeiten“ (ebd.: 161) müssten laut dem Vereinsberater des Kreissportbundes Signale gesetzt werden, um Motivation zu erhalten oder zurückzugewinnen. Diejenigen, die sich schon zuvor motiviert engagiert haben, hätten auch in der Corona-Pandemie sehr viel Engagement investiert, um das Leben wieder lebenswert zu machen (ebd.: 347-349). Häufig würde die Arbeit der Aktiven jedoch trotz dem vorhandenen Willen an mangelnden Ressourcen – insbesondere Zeit – scheitern. „Unsere Aufgabe als Kreissportbund und in sehr enger Verzahnung auch mit dem Ehrenamtszentrum besteht eigentlich darin, die Rahmenbedingungen so zu schaffen, oder so auf Beschwerden, auf Kritiken der Ehrenamtlichen zu reagieren, dass wir ihnen das Feld ein bisschen Freiräumen, damit sie wirklich zu ihrer eigenen, ureigenen Arbeit wieder so ein Stückchen hinkommen“, (Interview Leiter, Kreissportbund: 133-137) definierte er seine Rolle. Eine Möglichkeit, Resignation aktiv entgegenzuwirken und Frustration in Elan umzuwandeln, könnten neue Formen der Anerkennungen sein. Hier sei auch die Politik in der Pflicht (vgl. Koordinator des Ehrenamtszentrums). Zur Frage inwiefern Engagement langfristig gefördert werden könnte, ergaben sich aus der Online-Umfrage vor allem drei Parameter: Geld, Zeit und Wertschätzung. Monetäre Unterstützung wurde dabei ambivalent diskutiert: Der gestiegene Aufwand bedürfe mehr Vergütung oder steuerlicher Entlastungen. Anreize an Mitglieder*innen sollten wiederum nicht in Form von Geld passieren. Es wurde eine Verbindung zum Faktor Zeit hergestellt, indem diese über Erleichterungen in der Arbeitswelt multipliziert werden könnte: Mit einem erhöhten



Urlaubs- und Freistellungsanspruch oder steuerlichen Erleichterungen von Arbeitgeber*innen. Eine höhere Präsenz in den Medien entspricht dem Wunsch nach mehr Anerkennung, ergänzt mit „[...] eine[r] ‚echte[n]‘ sprich ehrlichere[n] Wertschätzung durch die Politik vor Ort – es entsteht oft der Eindruck, dass Engagierte die eingefahrenen Abläufe stören“ (Eigene Umfrage 2022). Ohne die passende finanzielle und auch ideelle Unterstützung, die den entsprechenden Rahmen setzt, seien die Anforderungen an Ehrenamt und Engagement nicht mehr zu bewältigen (Koordinator des Ehrenamtszentrums: 160-182).

Demokratie braucht Beteiligung - und nun?

Ziel dieses Artikels war die Untersuchung von Ehrenamt und Engagement auf der Metaebene der Demokratiearbeit. Die Corona-Pandemie gestaltet sich als gesamtgesellschaftlicher Transformationsprozess (siehe auch Beitrag von Lester Malte Pott, Leonie von Brock, Jannis Martens und Jannika Hoberg in diesem Band), dessen Steuerung und Gestaltung jedoch nicht immer gesamtgesellschaftlich ausgehandelt werden kann. Die Corona-Pandemie formulierte neue Grenzen über den Zugang zum öffentlichen Leben. Die oftmals beklemmenden Szenen von Protesten gegen die Maßnahmen der Pandemie-Politik insbesondere seit 2021 zeigen, welche Reaktionen der gesellschaftliche Ausschluss von Gruppen provozieren kann. Die gesellschaftspolitischen Veränderungen von Teilhabe im Kontext von Zugehörigkeit und Ausgrenzung (siehe auch Beitrag von Pauline Bönisch, Kaya Peters, Joel Schülin und Claas Wilken in diesem Band) stellte für einige gesellschaftliche Gruppen die soziale Grundlage der Demokratie infrage. Insbesondere auf kommunaler Ebene wurde die Einbindung der Bevölkerung und die Auslegung demokratischer Beteiligung als Folge der Proteste neu diskutiert.

Auch auf Ebene des Ehrenamts und Engagements, wo vorher Vereine Institutionen gelebter Demokratie darstellten, die allen Interessierten offenstanden und freie Teilhabe und Mitwirkung als oberstes Gut ansahen, definierten die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie für die Engagierten und Aktiven neue Maßstäbe. Mit Beginn der Corona-Pandemie, spätestens seit März 2020, werden gesellschaftliche Aushandlungsprozesse verstärkt auf der Ebene der Vereine geführt. Durch die Diversität der Beteiligten entstanden in Reaktion auf die Pandemie-Einschränkungen zwangsläufig Meinungspluralitäten innerhalb der Gruppen. Teilhabe und Beteiligung wurden und werden in diesem Kontext kontinuierlich neu definiert, neu ausgehandelt, neu erstritten. Allein auf der Ebene von Beteiligung, Ehrenamt und Engagement lassen sich diese Grundkonflikte zwar nicht gesamtgesellschaftlich lösen, aber konstruktiver diskutieren. Nicht nur die Lösung, sondern auch der Aushandlungsprozess selbst und die Kommunikations- und Diskussionskultur können auf dieser Ebene grundlegend geprägt werden. Vereine fungieren darin als Multiplikatoren.



toren, die das Demokratieverständnis auch weit außerhalb der organisierten Strukturen mitgestalten können. Alle Maßnahmen, wie 2G- oder 3G-Regelungen, die zur Eindämmung der Pandemie getroffen wurden, mussten von den Aktiven und Engagierten selbstständig in ihre Arbeit integriert werden. Auch die Einhaltung neuer Regelungen mussten selbstständig überprüft, kontrolliert und legitimiert werden und daraus resultierende Einschränkungen durch oftmals neue Formate kompensiert werden. Diese Neuerungen sind jedoch weniger als Substitution, sondern primär als Addition zu Präsenzformaten zu werten. Für die Arbeit der Engagierten und Aktiven wurde der direkte persönliche Austausch als unverzichtbar eingestuft. Die Pandemie lieferte dennoch wichtige Impulse für die Flexibilisierung der Beteiligten unter erschwerten Bedingungen und erweiterte die Möglichkeitsräume und Ausgestaltung von Teilhabe und Beteiligung insbesondere in Form der digitalen Infrastruktur.

Die Erfahrungen der befragten Personen zeigten deutlich, dass das Selbstverständnis und die eigene Rolle in Bezug auf Demokratiearbeit zwar unterschiedlich interpretiert und praktiziert wird, der entsprechende Bedarf jedoch eindeutig vorhanden ist. Wo Demokratiearbeit zunächst vielleicht oft nur als abstrakte Aufgabe der Engagierten wahrgenommen wurde, zeigte die Corona-Pandemie die gesellschaftspolitische Relevanz. Durch die provozierte Erweiterung dieses ohnehin breiten Zuständigkeitsbereichs wurden Aktive vielerorts jedoch auch überlastet. Die Bedeutung von Aktiven und Engagierten zeigt sich in Krisen immer wieder. Hier bedarf es der Anerkennung und deutlichen Unterstützung aus der Politik zur Entlastung oder Subventionierung ehrenamtlicher Arbeit. Nur durch die feste Etablierung von Demokratiebildung in die Arbeit von Engagierten kann die politische Teilhabe im Kontext eines mehrdimensional ausgelegten Beteiligungsverständnisses gestärkt und gesamtgesellschaftlich genutzt werden.

Literatur

- Becker, Elke; Enrico Gualini und Carolin Runkel et al. (Hg.) (2010): Stadtentwicklung, Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement. Stuttgart: Lucius & Lucius Verlagsgesellschaft mbH.
- Bühlmann, Marc; Wolfgang Merkel und Lisa Müller et al. (2012): Demokratiebarometer. Ein neues Instrument zur Messung von Demokratiequalität. In: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft 6/2012, 115-159.
- Deutscher Hochschulverein (Hg.) (o.J.): Jugendpartizipation in Zeiten von Corona. URL: https://www.volks hochschule.de/verbandswelt/projekte/politische_jugendbildung/online-dossier-teilhabe-und-corona/fachbeitrag-jugendpartizipation.php (19.01.2022).
- Deutsches Ehrenamt (Hg.) (o.J.): Das Ehrenamt. <https://deutsches-ehrenamt.de/ehrenamt/> (20.12.2021).



- Diamond, Larry Jay und Leonardo Morlino (Hg.) (2005): Assessing the quality of democracy. Baltimore: John Hopkins Univ. Press.
- Greenpeace und Gesellschaft für Freiheitsrechte (2020): Demokratische Teilhabe der Zivilgesellschaft in der Corona-Pandemie. Monitoring “Coronavirus und Civic Space in Deutschland”. URL: https://www.greenpeace.de/publikationen/s02911_gp_corona-pandemie_demokratische_teilhabe_studie_06_20.pdf. (23.01.2022).
- Kersting, Norbert (Hg.) (2017): Urbane Innovation. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH.
- Krimmer, Holger; Magdalena Bork und Lydia Markowski et al. (2020): Die Lage des freiwilligen Engagements in der ersten Phase der Corona-Krise. Lokal kreativ, finanziell unter Druck, digital herausgefordert. URL: https://wir-tun-was.rlp.de/fileadmin/wirtunwas/im_land/zahlen_fakten/ZiviZ_Zivilgesellschaft_und_Corona_Bericht_2020_210x268mm_final.pdf (20.01.2022).
- von Lucke, Albrecht (2020): Demokratie in der Bewährung. Weltkrieg versus Corona, Politik im Ausnahmezustand. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 5/2020, 89-96.
- Parry, Geraint; George Moyser und Neil Day (1992): Political participation and democracy in Britain. Cambridge: Cambridge University Press.
- Paust, Andreas (2020): Stay home and participate? Was wir von der Bürgerbeteiligung unter Covid-19-Bedingungen für die Zukunft lernen können. URL: https://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/fileadmin/Inhalte/PDF-Dokumente/newsletter_beitraege/3_2020/nbb_beitrag_paust_201008.pdf (20.01.2022).
- Reichwein, Alfred und Martina Trauth-Koschnick (2010): Förderung des bürgerschaftlichen Engagements. Strategien und Methoden für die kommunale Praxis. In: Becker, Elke; Enrico Gualini und Carolin Runkel et al. (Hg.) 2010, 250-264.
- Reiser, Marion; Anne Küppers und Jörg Hebenstreit et al. (2022): Politische Kultur im Freistaat Thüringen – Demokratie in der Corona-Pandemie. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2021.
- Riekmann, Wibke (2020): Vereine als Orte politischer Bildung. In: Journal für politische Bildung 2/2020, 34-37.
- Roth, Roland (2020): Demokratie und Bürgerbeteiligung in Zeiten von COVID-19. URL: <https://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/68889> (17.01.2022).
- Schumpeter, Joseph A. und Eberhard K. Seifert (2005): Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. Tübingen und Basel: A. Francke Verlag.
- Stadt Apolda (2018): Apolda - Zahlen und Fakten. URL: https://www.apolda.de/fileadmin/Dateien/Dateien/Rathaus_und_Service/Zahlen_und_Fakten/Zahlen_und_Fakten_2018_web.pdf (25.01.2022).
- Steinhilper, Elias; Sabrina Zajak und Jochen Roose (2019): Umkämpfte Teilhabe. Pluralität, Konflikt und Soziale Bewegung. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 32/3/2019, 331-336.
- Thüringer Landesamt für Statistik (2020): Gemeinde: Apolda, Stadt. URL: <https://statistik.thueringen.de/datenbank/gemeindeblatt.asp?gemnr=71001> (06.02.2022).



- Vetter, Angelika und Uwe Remer-Bollow (2017): Bürger und Beteiligung in der Demokratie. Eine Einführung. Wiesbaden: Springer VS.
- Vollmer, Lisa; Laura Calbet i Elias und Susanna Raab et al. (2021): Teilhabe und Gemeinwohl – ihre Krisen im deutschen Wohlfahrtsregime. Begriffsdefinitionen und aktuelle Verortungen. Weimar: Koopwohl.
- Warren, Mark (2002): What Can Democratic Participation Mean Today? In: Political Theory 30/5/2002, 677-701.

Quellen

- Fiedler, Sophia; Victoria Grau und Noa Wilhelm (2021): Interview mit Thomas Schmidt und Sören Korn, Ehrenamtszentrum Weimarer Land vom 10.11.2021. Apolda und Weimar. Thomas Schmidt (Ehrenamtskoordinator) und Sören Korn (Ehrenamtstrainer) haben jeweils eine der beiden durch das Verbundprojekt „Hauptamt stärkt Ehrenamt“ geförderten Stellen im Ehrenamtszentrum Weimarer Land inne. Ihre Rolle liegt primär in der Vernetzung, Vermittlung und Kommunikation engagierter Akteur*innen.
- Fiedler, Sophia; Victoria Grau und Noa Wilhelm (2021): Interview mit Thomas Schmidt und Hans-Werner Preuhsler, Ehrenamtszentrum Weimarer Land und Förderkreis Integration e.V. vom 25.11.2022. Apolda und Weimar. Hans-Werner Preuhsler ist Projektkoordinator beim Förderkreis Integration e.V. und Aktiver beim Programm „Engagierte Stadt“.
- Fiedler, Sophia; Victoria Grau und Noa Wilhelm (2021): Interview mit Michael Stolze, Kreissportbund Weimarer Land vom 02.12.2021. Apolda und Weimar. Michael Stolze betreut als Vereinsberater des Sportbundes alle Sportvereine, sowohl in der Ausbildung von Trainer*innen und Betreuer*innen als auch in der Verwaltung.
- Fiedler, Sophia; Victoria Grau und Noa Wilhelm (2021): Interview mit Stefan Kuhirt, Partnerschaft für Demokratie vom 07.12.2021. Apolda und Weimar. Stefan Kuhirt ist einer der Koordinatoren der Partnerschaft für Demokratie und betreut zahlreiche Vereine und Organisationen, unter anderem als Demokratie- und Konfliktberater im Sport. Kern seiner Arbeit ist die Vermittlung und Prägung von demokratischen Strukturen und dem Demokratieverständnis selbst.
- Fiedler, Sophia; Victoria Grau und Noa Wilhelm (2021): Interview mit Sylvia Wille, Mehrgenerationenhaus Apolda vom 14.12.2021. Apolda und Weimar. Sylvia Wille war die Initiatorin für die Schaffung der zwei hauptamtlichen Stellen zur Stärkung des Ehrenamts in Apolda. Als Leiterin des Mehrgenerationenhauses und Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Apolda bildet sie die Schnittstelle verschiedenster Akteur*innen.